Politik und Kirchen in Sorge wegen Verfolgung von Gläubigen

17. Dezember 2019



Berlin (KNA) Die Verfolgung von Gläubigen weltweit bereitet Politik und Kirchen in Deutschland wachsende Sorgen. Der Beauftragte der Bundesregierung für Religionsfreiheit, Markus Grübel (CDU), sagte der „Welt am Sonntag“: „Ein Blick in die Welt zeigt leider, dass Christen in vielen Ländern diskriminiert und verfolgt werden. Quantitativ betrachtet sind sie die am stärksten verfolgte Gruppe.“

Von Pakistan bis Nigeria hätten Christen Probleme, so der Politiker. „Der fruchtbare Halbmond ist zu einem furchtbaren Halbmond geworden.“ Aber auch in Subsahara-Afrika habe sich die Lage leider in einigen Ländern verschlechtert. Konkret empfahl er: „Nach Iran und Afghanistan würde ich Christen grundsätzlich nicht abschieben.“ Zur Glaubwürdigkeit gehöre aber ebenso der Einsatz für andere Religionsgemeinschaften, betonte Grübel. Er nannte etwa die Verfolgung der muslimischen Uiguren in China.

Auch Florian Ripka, Geschäftsführer der deutschen Sektion des internationalen katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“, äußerte sich in der „Welt am Sonntag“ besorgt. „Das Jahr 2019 war eines der blutigsten Jahre für Christen“, sagte er. Ripka verwies auf die Ermordung von

Christen in Syrien und Anschläge auf den Philippinen, in Sri Lanka und Burkina Faso. Die Verfolgung habe sich vor allem in Süd- und Ostasien verschärft. Im Nahen Osten gehe es nach wie vor um das Überleben des Christentums.

Mit Blick auf die Nahost-Region sagte der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, der Zeitung: „Missglückte gesellschaftliche Modernisierung, Kriege und grassierende Hoffnungslosigkeit vor allem der jungen Generation haben vielerorts mit zu Instabilitäten geführt, die der Islamismus für seine Zwecke instrumentalisiert hat.“ Marx kritisierte, dass „rigide Auslegungen des Islam weiterhin mit viel Geld aus der Golfregion nach Afrika und Asien“ exportiert würden.

Hoffnungsvoll stimme ihn, so der Kardinal, dass es in Politik und Öffentlichkeit mittlerweile eine wachsende Sensibilität für das Thema Religionsfreiheit gebe – etwa in den USA, in der EU und speziell in Deutschland. Dazu hätten nicht zuletzt die Kirchen beigetragen, deren Aufgabe es sei, sich für die Religionsfreiheit aller Menschen einzusetzen.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, sieht unter den Weltreligionen den Islam „derzeit sicherlich am stärksten herausgefordert“. Der Geistliche kritisierte gegenüber der „Welt am Sonntag“ die Intoleranz, die weltweit aktuell von Regimen ausgehe, die den Islam politisch missbrauchten. „Es bleibt aber eine Aufgabe für alle Religionen, als Kräfte des Friedens und der Versöhnung sichtbar zu werden“, so Bedford-Strohm. Die evangelische Kirche setze sich beispielsweise seit langem für zum Christentum konvertierte Menschen ein, denen Abschiebung drohe.

Der Ratsvorsitzende forderte eine Regelung, „die verhindert, dass Menschen, die vom Islam zum Christentum konvertiert sind, in Länder wie Afghanistan oder den Iran abgeschoben werden, in denen insbesondere konvertierte Christen ihre Religion nicht gefahrlos leben können“. Es müsse dabei klar sein, dass über die Ernsthaftigkeit eines Taufbegehrens „nicht der Staat urteilen kann, sondern allein die Kirche“.

Der frühere Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) plädierte ebenfalls dafür, christliche Konvertiten nicht in Länder wie den Iran abzuschieben. Dort drohten schwerste Sanktionen, sagte er dem Blatt. „Als Land der Religionsfreiheit dürfen wir Menschen nicht in eine solche Bedrohungslage abschieben.“

© KNA. Alle Rechte vorbehalten. (KNA - tlmlo-89-00046)

Stand: 13. November 2026